

236
27

W. F. ...

1 VP

4.6.59
13a: 16

In letzter Zeit eingelangte Nachrichten bestätigen die Richtigkeit der seinerzeitigen Information vom 27.5.1959, wonach derzeit tatsächlich erhebliche Spannungen und Differenzen zwischen dem ZK und den einzelnen Landesleitungen bestehen, die ihre Ursache darin haben, daß nach Meinung der maßgeblichen Funktionäre der Bundesländer der Mißerfolg der KPÖ bei den Nationalratswahlen auf entscheidende Fehler des ZKs. zurückzuführen ist.

Bei der Plenartagung am 21. und 22.5.1959 kam es neuerlich wegen der Wahlniederlage zu heftigen Debatten. Obwohl zwischen den maßgeblichen Parteifunktionären nach wie vor erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die möglichen Ursachen und Fehler, die das Ausscheiden der Partei aus der Volksvertretung zur Folge hatten, bestehen, wurden eine Reihe von Sofortmaßnahmen beschlossen. So wurden die Lokalorganisationen der Partei angewiesen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Parteikader zu erhalten. In nächster Zeit werden zur Aufklärung über die Hintergründe der Wahl-niederlage zahlreiche Versammlungen abgehalten werden, wobei der Mißerfolg der Partei bei den Nationalratswahlen mit folgenden Argumenten zu begründen ist:

- a) Gemeinsamer Kampf der ÖVP, SPÖ und FPÖ gegen die KPÖ,
- b) geringe Mittel der KPÖ für den Wahlkampf, verglichen mit der finanziellen Übermacht der 3 anderen Parteien.

Besonderes Gewicht ist nach Weisung des ZKs. auf die Erhaltung der Schlagfertigkeit der Betriebsorganisationen zu legen. Diesem Umstand wird in Parteikreisen deshalb besondere Bedeutung beigemessen, weil im Herbst in einer Reihe von Großbetrieben Betriebsratswahlen stattfinden.

Weiters ist eine Hebung des Niveaus der Parteipresse vorgesehen - nach Meinung vieler Funktionäre eine der Hauptursachen für den Wahlausgang - und wurden die Vertreter der Bundesländer vom ZK angewiesen, sobald als möglich diesbezügliche Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Im übrigen erhofft sich die KPÖ durch die Weltjugendfestspiele in Wien neue Impulse. Die Werbung zur Teilnahme an den Festspielen wurde daher den einzelnen Funktionären

als vordringlichste Aufgabe bezeichnet.

Die Parteifunktionäre wurden auch angewiesen, bereits jetzt mit der Vorbereitung der Landtagswahlen für Wien im Herbst dieses Jahres zu beginnen, wobei man die vage Hoffnung hegt, einen Teil der Stimmenverluste bis dahin wieder aufzuholen.

Die Direktiven des ZKs. an die Funktionäre für die Versammlungstätigkeit fanden bereits in den Reden und Diskussionen in einer Reihe von Aktivisten- und Vertrauensmännerkonferenzen ihren Niederschlag, in denen die Wahlniederlage zur Sprache kam.

Neben diesen euphemistischen Versuchen, die Wahlniederlage den Mitgliedern und Funktionären verständlich bzw. "verdaulich" zu machen, ist in manchen Reden aber ein bemerkenswerter Zug zur Offenheit festzustellen. So erklärte der Sekretär des ZKs., Friedl FÜRNBURG, bei einer Aktivistenkonferenz am 26.5. nach der Analyse des Wahlergebnisses, daß der Mißerfolg der Partei u.a. auch in einem Versagen des Parteiapparates zu suchen sei. FÜRNBURG gab zu, daß das ZK selbst entscheidende Fehler gemacht habe. So seien insbesondere die von der Parteiführung herausgegebenen Direktiven hinsichtlich der Agitation und Werbung falsch gewesen. Auch die Mentalität der Wähler sei unrichtig beurteilt worden. FÜRNBURG zog aus diesen Feststellungen vorsichtig aber unmißverständlich formuliert den Schluß, daß eine Änderung in der Stellenbesetzung des ZKs. erforderlich sein dürfte.

Ho. Stellungnahme:

Die Ziele der KPÖ für die nächste Zukunft sind aus dem vorstehenden Sachverhalt klar erkennbar. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die schwere Niederlage der Partei bei den Nationalratswahlen nicht ohne Rückwirkung auf das Parteigefüge bleiben wird. Nach ho. Auffassung ist auch mit personellen Veränderungen im ZK. bzw. in der obersten Parteiführung zu rechnen. Ihre Realisierung ist lediglich eine Frage der Zeit. Eine

offizielle Reaktion Moskaus zum Ausgang der Nationalratswahlen liegt noch nicht vor. Vorliegende Informationen besagen aber, daß die kommunistischen Parteien in den Oststaaten über diese letzte Entwicklung in Österreich tief beunruhigt sind.

4.6.1959